

Editorial

«Safety first» – auch im BFI-Bereich



Sicherheit hat im Kontext der Pandemie-Bekämpfung in unserem Land eine neue Bedeutung erlangt. Zugleich waren noch selten so viele Augen auf den unverzichtbaren Beitrag von Wissenschaft, Forschung und Innovation gerichtet wie in dieser Krise. Vor diesem Hintergrund wird das Parlament über die Finanzierung des BFI-Bereichs in den nächsten vier Jahren entscheiden.

Die ständerätliche WBK unterstützt die BFI-Botschaft 2021–2024 mit einem Fokus auf die Bewältigung des digitalen Wandels. Zusätzlich setzt sie weitere Akzente in der Innovationsförderung. Zentral ist für die WBK-S, dass die Akteure im BFI-Bereich Planungssicherheit haben. Sie beantragt deshalb einstimmig, in der BFI-Botschaft auf die Kreditsperren zu verzichten.

Der Bundesrat sieht vor, einen Teil der finanziellen Mittel erst dann freizugeben, wenn das Mittelwachstum im BFI-Bereich inklusive der Ausgaben für die EU-Programme nicht grösser ist als 3%. Die gesperrten 312 Mio. Franken entsprechen rund 1% des gesamten Volumens der Botschaft. Der finanzpolitische Nutzen der Kreditsperren steht somit in keinem Verhältnis zur grossen Unsicherheit, welche damit für die Planung der betroffenen BFI-Akteure entsteht.

Das Prinzip «safety first» muss auch für die verlässliche Finanzierung des Wissens- und Forschungsplatzes Schweiz gelten – nicht zuletzt in Zeiten nach Corona.

Matthias Michel

Ständerat

Mitglied Politikerteam FUTURE

BFI-Botschaft 2021–2024

WBK-S beantragt Aufhebung der Kreditsperren für Zusatzmittel

Mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) entscheidet der Ständerat in der Sommersession über die Investitionen in den Wissensplatz Schweiz in den Jahren 2021–2024. Die vorberatende Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) beantragt ihrem Rat ohne Gegenstimme, die vom Bundesrat geplanten Kreditsperren für Zusatzmittel in der BFI-Botschaft aufzuheben. Damit will sie die Planungssicherheit der Akteure im BFI-Bereich verbessern.

Die führende Stellung der Schweiz in Bildung, Forschung und Innovation (BFI) ist zentral, damit unser Land seinen Wohlstand nach der Corona-Pandemie sichern kann. Davon ist die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) überzeugt. Die Kommission begrüsst grundsätzlich die Investitionen im Umfang von rund

28 Milliarden Franken, die der Bundesrat mit der BFI-Botschaft für die Jahre 2021–2024 plant. Die WBK-S beantragt ihrem Rat auf zwei Ebenen Anpassungen dieser Planung: Einerseits beschloss die Kommission einstimmig, auf die vom Bundesrat vorgesehenen Kreditsperren zu verzichten. Andererseits werden der kleinen Kammer verschiedene Anträge für gezielte Aufstockungen der Kredite in bestimmten Bundesbeschlüssen (BB) unterbreitet.

Gesperrte Mittel erschweren Planung

Der Bundesrat nimmt in seiner finanziellen Planung für den BFI-Bereich eine Gesamtschau vor. Neben den nationalen Investitionen umfasst diese auch die Ausgaben für eine Schweizer Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen, die in einer separaten Botschaft beantragt werden. Da die genauen Bedingungen einer Schweizer Teilnahme an den

Abstimmungsempfehlungen des Netzwerks FUTURE

Das Netzwerk FUTURE empfiehlt, die von der WBK-S beantragte **Aufhebung der Kreditsperren** sowie alle Mehrheits- und Minderheitsanträge der Kommission für gezielte Aufstockungen der Kredite in der BFI-Botschaft 2021–2024 zu unterstützen:

Weiterbildung (BB 2): Minderheit 1: +10 Mio. Franken für die Organisationen der Weiterbildung;

Minderheit 2: +9,3 Mio. Franken zur Stärkung der Grundkompetenzen

Projektgebundene Beiträge für die Hochschulen (BB 5): Mehrheit: +12 Mio. Franken für Themen der Nachhaltigkeit

Internationale Mobilitäts- und Koordinationsprogramme in der Bildung (BB 6): Minderheit: +41,1 Mio. Franken

Institutionen der Forschungsförderung (BB 7): Mehrheit: +6,9 Mio. Franken für den Grundauftrag der Akademien der Wissenschaften; +12,4 Mio. Franken als Anstossfinanzierung zur Digitalisierung naturwissenschaftlicher Sammlungen

Innosuisse (BB 8): Mehrheit: +130 Mio. Franken für die Innovationsförderung

Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung (BB 10): Mehrheit: +39 Mio. Franken

EU-Programmen noch nicht feststehen, hat der Bundesrat in der BFI-Botschaft 2021–2024 vorgesehene Zusatzmittel in der Höhe von 312 Mio. Franken gesperrt. Nur wenn das Gesamtwachstum im BFI-Bereich jährlich 3% nicht übersteigt, sollen diese gesperrten Mittel freigegeben werden.

Die WBK-S ist der Ansicht, dass diese Kreditsperren die Planung der betroffenen Institutionen erschweren. Im Sinne der Planungssicherheit beantragt die Kommission dem Ständerat einstimmig, die Kreditsperren für die Zusatzmittel in der BFI-Botschaft 2021–2024 aufzuheben. Das ermöglicht den Institutionen, die Massnahmen zur Erreichung ihrer Ziele über die ganze Periode besser planen zu können. Hinzu kommt, dass der Zahlungsrahmen für eine Schweizer Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen in-

zwischen vorliegt. Der Bundesrat überwies die entsprechende Botschaft Ende Mai an das Parlament (siehe unten).

Aufstockungen von 200 Mio. Franken

Im Weiteren liegen der kleinen Kammer verschiedene Anträge ihrer WBK für gezielte Aufstockungen bestimmter Kredite in der BFI-Botschaft vor. Insgesamt beantragt die Mehrheit der WBK-S zusätzliche 200,3 Mio. Franken. Die finanziellen Mittel der Innovationsförderung durch Innosuisse will die WBK-S um 130 Mio. Franken erhöhen. Im Bereich der Institutionen der Forschungsförderung beantragt die WBK-S, den Zahlungsrahmen der Akademien der Wissenschaften um 6,9 Mio. Franken aufzustocken, damit diese ihren Grundauftrag erfüllen können. Weitere 12,4 Mio. Franken sollen als Anstossfinanzierung zur Digitalisierung naturwissenschaftlicher Sammlun-

gen dienen. Um Nachhaltigkeitsprojekte an den Hochschulen zu stärken, beantragt die Kommission eine Erhöhung der projektgebundenen Beiträge um 12 Mio. Franken. Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung sollen zusätzliche 39 Mio. Franken erhalten.

Daneben werden der kleinen Kammer verschiedene Minderheitsanträge unterbreitet: Im Bereich der Weiterbildung beantragt eine Minderheit 1 zusätzliche 10 Mio. Franken zugunsten der Organisationen der Weiterbildung; eine Minderheit 2 will den gleichen Kredit um 9,3 Mio. aufstocken, um das Engagement der Kantone bei der Stärkung der Grundkompetenzen zu unterstützen. Im Bereich der internationalen Mobilitäts- und Koordinationsprogramme in der Bildung beantragt eine Minderheit der WBK-S eine Erhöhung der finanziellen Mittel um 41,1 Mio. Franken.

Europäische Forschungszusammenarbeit

Vollumfängliche Beteiligung an Horizon Europe ist das Ziel

Ende Mai überwies der Bundesrat die Botschaft zur Finanzierung der Schweizer Beteiligung am 9. Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (FRP) «Horizon Europe» an das Parlament. Er beantragt für die Jahre 2021–2027 finanzielle Mittel im Umfang von insgesamt 6'154 Millionen Franken. Das Ziel des Bundesrates ist es, dass sich die Schweiz ab 2021 ohne Unterbruch vollumfänglich an der neuen Programmgeneration assoziieren kann. Neben dem 9. FRP umfasst das Horizon-Paket die Beteiligung an drei weiteren europäischen Initiativen: das Programm «Digital Europe» zur Stärkung der digitalen Kompetenzen, das Euratom-Programm für Forschung im Nuklearbereich sowie die Beteiligung an der internationalen Forschungsinfrastruktur ITER (Fusionsforschung). Der Bundesrat schätzt, dass

der in der Botschaft enthaltene Zahlungsrahmen ausreicht, um die Pflichtbeiträge zu decken.

Die Schweizer Beteiligung an den FRP ist im Rahmen der Bilateralen Verträge I geregelt. Die Schweiz und die EU müssen das Forschungsabkommen und die genauen Bedingungen der Teilnahme für jede neue Programmgeneration neu aushandeln. Diese Verhandlungen sollen aufgenommen werden, sobald die EU die Teilnahmebedingungen für Nicht-Mitgliedsstaaten bereinigt hat.

Grösstes Forschungsprogramm der Welt

Horizon Europe ist mit einem derzeit geplanten Budget von rund 94 Milliarden Euro das bedeutendste internationale Programm für Forschung und Innovation. Ziel der Forschungsrahmenprogram-

me ist es, die wissenschaftlichen und technologischen Kompetenzen auf dem Kontinent zu bündeln und Zusammenarbeiten zu fördern. Mit seinem ganzheitlichen Ansatz deckt Horizon Europe die gesamte Wertschöpfungskette ab – von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis hin zur Innovation.

Das europäische und die nationalen Fördersysteme ergänzen und stärken sich gegenseitig. So bieten die FRP Forschenden in der Schweiz Instrumente, die auf nationaler Ebene nicht bestehen. Dazu zählen insbesondere die finanzielle Unterstützung von grenzüberschreitenden Zusammenarbeiten, die sehr gut dotierten Stipendien für Personen sowie die direkte Finanzierung zu Gunsten von innovativen Unternehmen.

IN KÜRZE

ETH-Gesetz: WBK-N will Beschwerderecht beibehalten

Die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) unterstützt die Änderung des ETH-Gesetzes grundsätzlich und unterbreitet der grossen Kammer verschiedene Mehrheits- und Minderheitsanträge. Die Mehrheit der Kommission beantragt unter anderem, den beiden ETH und den Forschungsanstalten ein Recht auf Anhörung sowie ein Beschwerderecht einzuräumen.

SWEET: neues Programm für Energieforschung bis 2028

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) empfiehlt ihrem Rat das Energieforschungsprogramm «Swiss Energy Research for the Energy Transition» (SWEET) zur Annahme. Die Kommission beantragt mit 14 zu 10 Stimmen, die vorgesehenen Mittel von 136,4 Millionen Franken bis Ende 2028 zur Verfügung zu stellen und nicht bis 2032. Nach acht Jahren soll das Parlament neu über die Finanzierung der Energieforschung befinden können. Eine Minderheit beantragt, dem Bundesrat zu folgen.

Gesetzliche Grundlage für SwissCovid-App

Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament eine Änderung des Epidemiengesetzes, die dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Möglichkeit einräumt, ein Proximity-Tracing-System zu betreiben. Die Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit der beiden Räte unterstützen die dringliche Vorlage mit einigen Anpassungen. Die SwissCovid-App wurde unter Beteiligung der Eidgenössischen Technischen Hochschulen entwickelt und soll dazu beitragen, die Verbreitung des Coronavirus nachverfolgen und bekämpfen zu können.

WBK-S beantragt Annahme des EHB-Gesetzes

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) empfiehlt ihrem Rat den vom Bundesrat vorgelegten Gesetzesentwurf über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) mit 10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Annahme. Sie nahm nur geringfügige Änderungen an der Vorlage vor und unterstützt grundsätzlich die Akkreditierung des aktuellen Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung als pädagogische Hochschule.

Neues Kompetenzzentrum für Datenwissenschaften

Der Bundesrat beschloss, ein nationales Kompetenzzentrum für Datenwissenschaften zu errichten. Dieses soll den Bund bei der Bewältigung und effizienten Erfüllung von komplexen Aufgaben mithilfe von Algorithmen unterstützen. Ausserdem soll der Austausch zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Forschungsinstituten gefördert werden. Das interdisziplinäre Zentrum mit dem Namen «Data Science Competence Center» wird per 1. Januar 2021 vom Bundesamt für Statistik eingerichtet.

SNF fördert 36 neue Corona-Forschungsprojekte

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) hat die im Rahmen der Sonderausschreibung Coronaviren eingereichten Gesuche geprüft. Mit insgesamt zehn Millionen Franken fördert er 36 neue Forschungsprojekte zur Erforschung von gesellschaftlichen und biomedizinischen Aspekten von Epidemien.

Marcel Tanner ist ordentlicher Präsident der Akademien

Die Delegiertenversammlung der Akademien der Wissenschaften Schweiz wählte Marcel Tanner zum ordentlichen Präsidenten. Der Professor für Infektionsbiologie präsidierte die Organisation seit Februar 2020 bereits ad interim.

16 EU-Förderungen für die Schweiz

Der Europäische Forschungsrat (ERC) verkündete die Empfänger der Advanced Grants. Mit diesem Instrument werden etablierte, in ihrem Feld führende Forschende gefördert. Die Fördergelder betragen bis zu 2,5 Millionen Euro. Von insgesamt 185 Advanced Grants gingen 16 an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Schweiz. Diese sind tätig an den Universitäten Genf (4), Zürich (3), Bern (2) und Basel (1), sowie an der ETH Zürich (2) und an der EPFL (1), dem Friedrich Miescher Institute (2) und dem Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (1).

Strategie für den Umgang mit offenen Forschungsdaten

Im Jahr 2021 soll eine nationale Strategie für den Umgang mit offenen Forschungsdaten in Kraft treten. Dies vereinbarten das SBFI, der SNF, swissuniversities und die beiden ETH gemeinsam. Die Strategie soll eine Vision und gemeinsame Ziele festlegen, um der Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft den freien Zugriff auf Forschungsdaten zu gewähren. Die nationale Strategie wird im Laufe des Jahres 2020 ausgearbeitet und ergänzt die nationale Open-Access-Strategie, welche den freien Zugriff auf wissenschaftliche Publikationen zum Ziel hat.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2020

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.